



**Geschäftsverteilungsplan
des Verwaltungsgerichts Cottbus
für das Geschäftsjahr 2025**

I.	Besetzung der Spruchkörper	(S. 2)
II.	Geschäftsverteilung	(S. 3)
III.	Ergänzende Regelungen zur sachlichen Geschäftsverteilung	(S. 17)
IV.	Vertretung	(S. 18)
V.	Bereitschaftsdienst	(S. 19)
VI.	Ehrenamtliche Richter	(S. 20)
VII.	Güterichter	(S. 20)

Besetzung der Spruchkörper

Kammer	Vorsitzende/r	regelmäßige/r Vertreter/in des/r Vorsitzenden	Beisitzer/in	Beisitzer/in
1.	VRVG Vogt	RVG Skopp	R'inVG Mostufi-Zadeh-Haghighi	
2.	VR'inVG Senkel-Krüger	R'in VG Werres- Bleidießel	RVG Körber (ohne eigenes Dezernat)	
3.	VRVG Dr. Nocon (ohne eigenes Dezernat)	RVG Körber*	R Schmidt	
4.	VPräs'inVG Lewin (0,2)	R'inVG Lechte* (0,5)	RVG Sturm (ohne eigenes Dezernat)	
5.	VRVG Dr. Nocon*	RVG Störmer	R'inVG Lechte (0,5) RVG M. Steiner (0,5)	R'inVG Dr. Schnettger
6.	VRVG Kluge	RVG Stephan	RVG M. Steiner (0,5)*	
7.	VRVG Hempen	RVG B. Steiner	R'inVG Twieg (ohne eigenes Dezernat)	
8.	VPräs'inVG Lewin (0,8)*	R'inVG Twieg (0,8)*	RVG Sturm (0,8)	
9.	VRVG Böning	R'inVG Piekos	R'inVG Mostufi-Zadeh-Haghighi (ohne eigenes Dezernat)	

*Stammkammer

(Umfang richterlicher Arbeitskraft)

Stand: 01.06.2025

II. Geschäftsverteilung

1. Kammer

Geschäftsbereich:

alle KE-Verfahren

- 010000 Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht
- 011000 Parlamentsrecht
- 012000 Europa-, Bundestags- und Landtagswahlrecht
- 013000 Parteienrecht
- 014000 Kommunalrecht (ohne kommunales Abgabenrecht)
- 014100 Verfassung, Verwaltung und Organisation der Gemeinden und Gemeindeverbände/kommunale Gebietskörperschaften
- 014200 Kommunalaufsichtsrecht
- 014300 Kommunalwahlrecht
- 014400 Finanzausgleich
- 020000 Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)
- 021000 Schulrecht
- 021100 Schulprüfungs- und Versetzungsrecht einschl. Nichtschülerprüfungen
- 021200 Schülerbeförderung und Kosten für Lernmittel
- 022000 Hochschulrecht (ohne NC-Verfahren) einschl. hochschulrechtliche Abgaben
- 022100 Recht der Hochschul- und Staatsprüfungen sowie der Anerkennung ausländischer Prüfungen
- 022101 Prüfungen vor dem Justizprüfungsamt sowie Verfahren gegen den Präsidenten des OLG
- 022102 Anfechtung einer Prüfungsentscheidung
- 022200 Erlaubnis zum Führen eines ausländischen akademischen Grades

023000	Wissenschaft und Kunst
024000	Film- und Presserecht
026000	Recht der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie der Ordensgesellschaften
027000	Erwachsenenbildungsrecht (ohne Berufsbildungsrecht)
028000	Sport
030000	Numerus-clausus-Verfahren
031000	Vergabe von Studienplätzen durch die Hochschulen und die damit zusammenhängenden Immatrikulations- und Exmatrikulationsverfahren (Nc-Verfahren)
032000	Verteilung von Studienplätzen durch die Stiftung für Hochschulzulassung
041100	Subventionen, Anpassungshilfen, Stilllegungsprämien
052600	Tierschutz
111000	Steuern
111001	Gewerbsteuer
111003	Grundsteuer
111100	Kommunale Steuern
111102	Zweitwohnungssteuer
111103	Getränkesteuer
111104	Vergnügungssteuer
111106	Hundesteuer
111200	Kirchensteuer
112200	Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist
120000	Vermögens- und SED-Rehabilitierungsrecht

121000	Recht der offenen Vermögensfragen
121001	Grundstücksverkehrsgenehmigung
121002	Vorkaufsrecht
121100	Rückübertragungsrecht
121200	Investitionsrecht
121300	Vermögenszuordnungsrecht
121400	Treuhandrecht
121500	Entschädigungsrecht
121600	Ausgleichsleistungsrecht
122000	Bereinigung von SED-Unrecht
122100	Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung
122200	Berufliche Rehabilitierung
137000	Wiedergutmachungsrecht, Streitigkeiten nach dem Gesetz zu Art. 131 GG sowie über die Nachversicherung nach § 99 AKG und nach §§ 18 ff. des Fremdrenten- und Auslandsrentenneuregelungsgesetzes
137100	Härtefonds für nichtjüdische Verfolgte des NS-Regimes
156000	Kriegsfolgenrecht
156100	Lastenausgleichsrecht
156200	Häftlingshilferecht, Heimkehrerrecht und Kriegsgefangenenentschädigungsrecht
156300	Flüchtlings- und Vertriebenenrecht
156400	Requisitions- und Besatzungsschädenrecht
180000	Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht,
232000	Verfahren betreffend politische Verfolgung im Sinne von Art. 16 a Abs. 1 GG, der Genfer Flüchtlingskonvention, des § 3 und § 4 Asylgesetz einschließlich derjenigen Entscheidungen nach dem Aufenthaltsgesetz,

zu denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach dem Asylgesetz berufen ist (im Folgenden: Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht), soweit es sich um Staatsangehörige der Staaten China, Südafrika und Vietnam oder soweit es sich um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesen bezeichneten Ländern hatten; soweit es sich um Staatsangehörige der Russischen Föderation, Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten, nur die ab dem 1. Juli 2017 eingegangenen und noch eingehenden Verfahren; soweit es sich um Staatsangehörige Kameruns oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten, diejenigen Verfahren, für die keine andere Kammer zuständig ist

2. Kammer

Geschäftsbereich:

- 017000 Verfassung und autonome Rechte der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der Wasser- und Bodenverbände
- 104000 Straßen- und Wegerecht (ohne Enteignungsrecht sowie Eisenbahn-, Kleinbahn-, Bergbahn- und Wasserstraßenrecht) nur betreffend den Kostenersatz für Grundstückszufahrten (§ 10 a KAG)
- 112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist, zugewiesen.
- 113100 Erschließungsbeitragsrecht
- 113200 Ausbaubeiträge
- 115000 Ausgleichsabgaben
- 180000 -
- 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit es sich um Staatsangehörige Ägyptens oder Libyens oder um Staatenlose handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten.

3. Kammer

Geschäftsbereich:

- 025000 Rundfunk- und Fernsehrecht einschl. Rundfunkbeiträge und Beitragsbefreiung
- 041000 Wirtschaftsverfassung, Wirtschaftslenkung, Marktordnung einschließlich
Preisrecht, Außenwirtschaftsrecht
- 043000 Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft einschl. Milchquoten (ohne
Subventionen, Anpassungshilfen, Stilllegungsprämien, vergleiche Nummer 04
1100)
- 043100 Agrarordnung, Flurbereinigung
- 043200 Weinrecht
- 044000 Forst- und Fischereirecht
- 045000 Post-, Fernmelde- und Telekommunikationsrecht
- 048000 Eisenbahn-, Kleinbahn-, Bergbahnrecht; Wasserstraßenrecht
- 049000 Sonstiges Wirtschaftsrecht
- 049100 Krankenhausrecht einschließlich Krankenhauspflegesätze
- 049200 Feiertagsgesetz
- 050000 Polizei, Ordnungs- und Wohnrecht
- 051000 Polizeirecht
- 051100 Waffenrecht
- 051200 Versammlungsrecht
- 052000 Ordnungsrecht
- 052200 Obdachlosenrecht
- 052300 Vereinsrecht
- 052400 Sammlungsrecht

Stand: 01.06.2025

055200	Personenbeförderungsrecht
055201	Linienverkehrsgenehmigung
055300	Güterkraftverkehrsrecht
055400	Luftverkehrsrecht
055500	Wasserverkehrsrecht
055600	Eisenbahnverkehrsrecht
056000	Wohnrecht (ohne Wohngeldrecht)
056100	Wohnungsbauförderungsrecht und Wohnungsbindungsrecht einschließlich Mietpreisbindung
056200	Wohnungsaufsichtsrecht
057000	Lotterierecht
058000	Recht der Titel, Orden und Ehrenzeichen (ohne akademische Grade)
090000	Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung
091000	Raumordnung, Landesplanung
091100	Raumordnung, Landesplanung ohne Windenergieanlagen
091200	Raumordnung, Landesplanung für Windenergieanlagen
092000	Bauplanungs-, Bauordnungs- und Städtebauförderungsrecht
092011	Städtebauförderungsmittel
093000	Siedlungsrecht
093100	Streitigkeiten aus dem Reichssiedlungsgesetz
093200	Kleingartenrecht
093300	Kleinsiedlungsrecht
093400	Heimstättenrecht

- 094000 Denkmalschutz
- 095000 Kataster- und Vermessungsrecht
- 096000 Enteignungsrecht
- 096100 Streitigkeiten nach dem Bundesleistungsgesetz
- 096200 Streitigkeiten nach dem Schutzbereichsgesetz
- 096300 Streitigkeiten nach dem Landbeschaffungsgesetz
- 096400 Streitigkeiten nach den Sicherstellungsgesetzen (z. B. Wassersicherstellungsgesetz, Verkehrssicherstellungsgesetz, Ernährungssicherstellungsgesetz)
- 097000 Recht der vertraglich vereinbarten Beteiligung an den aus einer Bauleitplanung folgenden Kosten einschl. Erschließungsvertragsrecht
- 098000 Angelegenheiten des Wohnungseigentumsgesetzes (z. B. Abgeschlossenheitsbescheid)
- 100000 Umweltrecht (soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen)
- 101000 Berg- und Abgrabungsrecht
- 102000 Umweltschutz
- 102200 Abfallbeseitigungsrecht
- 105000 Recht der Gentechnik
- 106000 Streitigkeiten nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz
- 108000 Energierecht
- 108100 Atom- und Strahlenschutzrecht
- 108200 Recht der Windenergieanlagen
- 108300 Recht der Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen
- 108400 Energierecht im Übrigen

- 110000 Abwasserabgabenrecht
- 112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist
- 172000 Archivrecht
- 180000 -
- 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit nicht eine andere Kammer zuständig ist

4. Kammer

Geschäftsbereich:

- 014600 Bestattungs- und Friedhofsrecht
- 015000 Sparkassenrecht
- 016000 Staatsaufsicht über nichtkommunale juristische Personen des öffentlichen Rechts
- 047000 Recht der Beliehenen (z. B. Schornsteinfegerrecht, Berufsrecht der Vermessungsingenieure), nur die bis zum 31. Dezember 2021 eingegangenen Verfahren
- 112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit nicht die Zuständigkeit der Kammer gegeben ist, die für die Entscheidung in der Sache (sachlich) zuständig ist, alle bis zum 31. Dezember 2023 eingegangenen Verfahren, sowie soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der 4. Kammer gegeben ist
- 131000 -
- 131500 Recht der Bundesbeamten, nur die bis zum 31. Dezember 2023 eingegangenen Verfahren des Teilsachgebietes 131500 Beihilfen, Reise- Umzugskostenvergütungen, Trennungsentschädigungen
- 134000 -
- 134500 Recht der Richter, nur die bis zum 31. Dezember 2023 eingegangenen Verfahren des Teilsachgebietes 134500 Beihilfen, Reise- Umzugskostenvergütungen, Trennungsentschädigungen
- 155003 Heimrecht, nur die bis zum 31. Dezember 2023 eingegangenen Verfahren
- 152400 Ausbildungs- und Studienförderungsrecht, nur die im Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zum 30. Juni 2024 eingegangenen Verfahren

- 180000 -
 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht,
 soweit es sich um Staatsangehörige europäischer Staaten (mit Ausnahme
 Albaniens aber einschließlich der Länder Georgien und Aserbaidshan) oder
 soweit es sich um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit
 handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesen Staaten hatten;
 soweit es sich um Staatsangehörige Kameruns oder um Staatenlose oder
 Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten
 gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten, nur die im Zeitraum vom 1.
 Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2021 eingegangenen Verfahren.

5. Kammer

Geschäftsbereich:

- 055000 Verkehrsrecht: nur Verfahren, die die Abwehr von Immissionen, die von
 Straßen ausgehen, betreffen
- 102100 Immissionsschutzrecht
- 102300 Naturschutzrecht, Landschaftsschutzrecht einschl. Artenschutzrecht
- 103000 Wasserrecht
- 112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich
 auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer
 gegeben ist
- 131000 -
 131400 Recht der Bundesbeamten, alle bis zum 31. März 2025 eingegangenen
 Verfahren
- 131500 Recht der Bundesbeamten, nur Beihilfe, Reise- und Umzugskostenvergütungen
 und Trennungsentschädigungen
- 132000 -
 132400 Soldatenrecht, alle bis zum 31. März 2025 eingegangenen Verfahren
- 132500 Soldatenrecht, nur Beihilfe, Reise- und Umzugskostenvergütungen
 und Trennungsentschädigungen
- 133500 Recht der Landesbeamten, nur Beihilfe, Reise- und Umzugskostenvergütungen
 und Trennungsentschädigungen
- 134000 -
 134400 Recht der Richter, alle bis zum 31. März 2025 eingegangenen Verfahren

Stand: 01.06.2025

134500 Recht der Richter, nur Beihilfe, Reise- und Umzugskostenvergütungen und Trennungsentschädigungen

180000 -

232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit es sich um Staatsangehörige Äthiopiens, Dschibutis, Eritreas, Kenias oder Somalias oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesen Staaten hatten; ferner wenn die Abschiebungsanordnung oder -androhung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ausschließlich auf eine Überstellung in einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union, in die Schweiz oder nach Norwegen zielt

6. Kammer

Geschäftsbereich:

112000 Gebühren (soweit nicht eine andere Kammer zuständig ist)

112100 Benutzungsgebührenrecht

112101 Abfallgebühren

112102 Straßenreinigungsgebühren

112103 Kanalbenutzungsgebühren

112104 Wassergebühren

112108 Friedhofsgebühren

112109 Fäkaliengebühren

112110 Winterdienstgebühren

112111 Heizkostengebühren

112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist

113000 Beiträge, soweit nicht eine andere Kammer zuständig ist

114000 Haus-(Grundstücks-)anschlusskosten

116000 Bescheinigung aufgrund abgabenrechtlicher Vorschriften

- 117000 Anschluss- und Benutzungsrecht/Anschluss- und Benutzungszwang für kommunale Einrichtungen
- 180000 -
- 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit es sich um Staatsangehörige der Russischen Föderation oder soweit es sich um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in der Russischen Föderation hatten, alle vom 1. Juli 2016 bis zum 31. Dezember 2016 eingegangenen Verfahren

7. Kammer

Geschäftsbereich:

alle M-Verfahren

- 041200 Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftlicher und berufsständischer Vereinigungen einschließlich Abgabenrecht der berufs- und wirtschaftsständischen Körperschaften
- 042200 Handwerksrecht
- 042202 Eintragung in die Handwerksrolle
- 042203 Löschung in der Handwerksrolle
- 044000 Jagdrecht
- 044002 Erteilung eines Jagdscheines
- 046000 Recht der freien Berufe einschließlich Kammerrecht und Abgabenrecht der berufs- und wirtschaftsständischen Körperschaften
- 055000 Verkehrsrecht; soweit nicht die 5. Kammer zuständig ist
- 055001 Verpflichtung zur Führung eines Fahrtenbuches
- 055100 Recht der Fahrerlaubnisse einschließlich Fahrerlaubnisprüfungen
- 055102 Entziehung der Fahrerlaubnis
- 055103 Erteilung des Führerscheins
- 055104 Erteilung der Fahrerlaubnis
- 104000 Straßen- und Wegerecht (ohne Enteignungsrecht sowie Eisenbahn-, Kleinbahn-, Bergbahn- und Wasserstraßenrecht) einschließlich

Stand: 01.06.2025

Sondernutzungsgebühren nach den Straßengesetzen; ohne Kostenersatz
für Grundstückszufahrten (§ 10 a KAG)

- 112001 Gewässerunterhaltungsumlagen gemäß § 7 KAG a.F. bzw. § 80 BbgWG und Mehrkosten gemäß § 80 BbgWG
- 112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist
- 113005 Beiträge der Gewässerunterhaltungsverbände
- 113300 Kurbeiträge und Fremdenverkehrsbeiträge
- 180000 -
- 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit es sich um Staatsangehörige der Russischen Föderation oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten, alle ab 1. Januar 2017 bis zum 30. Juni 2017 eingegangenen Verfahren; soweit es sich um Staatsangehörige Benins, Burkina Fasos, der Elfenbeinküste, Gambias, Ghanas, Guineas, Guinea-Bissaus, Liberias, Malis, Mauretaniens, Nigers, Senegals, Sierra Leones, Sudans, Südsudans, Togos oder Tschads oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesen Staaten hatten
- 182000 -
- 192000 Verteilung und Unterbringung von Asylbewerbern sowie Verfahren nach § 73 Abs. 3 a AsylG

8. Kammer

Geschäftsbereich:

- 016001 Stiftungsrecht
- 041300 Beschränkungen aufgrund des § 1 Abs. 3 des Energiesicherungsgesetzes
- 041400 Vergaberecht
- 041500 Finanzdienstleistungsaufsicht
- 042000 Gewerberecht einschließlich berufliche Bildung (ohne Erwachsenenbildungsrecht)
- 042100 Gewerbeordnung

Stand: 01.06.2025

042300	Gaststättenrecht
047000	Recht der Beliehenen (z. B. Schornsteinfegerrecht, Berufsrecht der Vermessungsingenieure), soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen
052500	Brand- und Katastrophenschutz einschließlich Rettungsdienstrecht und Schornsteinfegergebühren
052501	Gebühren Rettungsdienst
053000	Personenordnungsrecht
053100	Namensrecht
053200	Staatsangehörigkeitsrecht
053300	Melderecht
053400	Pass- und Ausweisrecht
053500	Datenschutzrecht
053600	Verfahren nach dem Gesetz über den registergestützten Zensus; Statistikrecht
054000	Gesundheit, Hygiene, Lebens- und Arzneimittel (ohne Krankenhausrecht)
054100	Lebensmittelrecht
054200	Seuchenrecht, Viehseuchenrecht, Tierkörperbeseitigung
107000	Streitigkeiten nach dem Umweltinformationsgesetz
112200	Verwaltungsgebührenrecht, soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der Kammer gegeben ist
151000	Wohngeldrecht
152000	Sozialrecht
152001	Verfahren nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz
152100	Schwerbehindertenrecht
152200	Kriegsopferfürsorgerecht

- 152300 Kinder- und Jugendhilfe sowie Jugendförderungsrecht
- 152400 Ausbildungs- und Studienförderungsrecht (soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen)
- 152500 Unterhaltsvorschussrecht
- 152600 Heizkostenzuschussrecht
- 152700 Sozialrecht nach landesrechtlichen Vorschriften
- 152800 Arbeitsschutzrecht, insbesondere Jugendarbeits- und Mutterschutzrecht
- 153000 Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
- 154000 Jugendschutzrecht
- 155000 Kindergartenrecht einschließlich Kita-Gebühren bzw. Elternbeiträge
- 155003 Heimrecht (soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen)
- 160000 Sozialhilfe
- 170000 Sonstiges
- 171000 Justizverwaltungsrecht
- 173000 Verfahren, in denen die Gewährung von Akteneinsicht und Informationszugang begehrt wird, insbesondere nach dem Informationsfreiheitsgesetz, dem Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz sowie dem Verbraucherinformationsgesetz
- 180000 -
- 232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit es sich um Staatsangehörige Pakistans oder Tunesiens oder soweit es sich um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesen Staaten hatten

9. Kammer

Geschäftsbereich:

- 053202 Einbürgerung
- 060000 Ausländerrecht, soweit es nicht dem Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht unterfällt
- 112200 Verwaltungsgebührenrecht, soweit nicht die Zuständigkeit der Kammer gegeben ist, die für die Entscheidung in der Sache (sachlich) zuständig ist, alle ab dem

Stand: 01.06.2025

1. Januar 2024 eingegangenen und eingehenden Verfahren, sowie soweit es Gebührenstreitigkeiten betrifft, die sich auf Sachgebiete beziehen, für die die sachliche Zuständigkeit der 9. Kammer gegeben ist

131000 -

131400 Recht der Bundesbeamten, soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen

132000 -

132400 Soldatenrecht, soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen

133000 -

133400 Recht der Landesbeamten, soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen

134000 -

134400 Recht der Richter, soweit nicht einer anderen Kammer zugewiesen

135000 Wehrpflichtrecht, Wehrrecht

135001 Entlassung aus der Bundeswehr

135100 Recht der Kriegsdienstverweigerung

135200 Recht des Zivildienstes

135300 Recht der Unterhaltssicherung und des Arbeitsplatzschutzes

136000 Dienstrecht des Zivilschutzes

180000 -

232000 Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, soweit es sich um Staatsangehörige Afghanistans, Algeriens, des Irans, des Iraks, Marokkos (einschließlich Westsahara) und Nigerias oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesen Staaten hatten; soweit es sich um Staatsangehörige Kameruns oder um Staatenlose oder Personen unbekannter Staatsangehörigkeit handelt, die ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatten, nur die ab 1. Januar 2024 eingegangenen und noch eingehenden Verfahren.

III.

Ergänzende Regelungen zur sachlichen Geschäftsverteilung

1. Die Geschäftsverteilung zwischen den Kammern erfolgt – soweit vorstehend keine abweichende Regelung getroffen ist - hinsichtlich der abgeschlossenen Verfahren, des Bestandes und der Eingänge nach Rechtsgebieten. Dies gilt auch für isolierte Anträge, für die die Zuordnung nach Maßgabe der fiktiven Hauptsache erfolgt. Die Zuordnung erfolgt

nach dem erkennbaren Schwerpunkt des Verfahrens. Ist ein Schwerpunkt nicht erkennbar, ist die Kammer mit der höheren Ordnungszahl zuständig.

2. In asylrechtlichen Verfahren knüpft die Bestimmung der Staatsangehörigkeit und des letzten gewöhnlichen Aufenthaltes immer an die vom BAMF im Aktenzeichen des streitgegenständlichen Bescheides im Zeitpunkt der Klageerhebung vergebene Länderkennzahl an. Verweist die vergebene Länderkennzahl auf „sonstige“ (z.B. staatenlos, ungeklärte Staatsangehörigkeit, ohne Angabe, heimatlos, sonstige), ist maßgeblich welche Staatsangehörigkeit bzw. welcher letzte gewöhnlicher Aufenthalt in der Begründung des Bescheides des BAMF angenommen wird. Gibt es einen solchen Bescheid (noch) nicht, knüpft die Bestimmung der Staatsangehörigkeit und des letzten gewöhnlichen Aufenthaltes an den ersten Vortrag des Klägers oder Antragstellers im gerichtlichen Verfahren an. Ergibt sich danach die Staatsangehörigkeit oder der letzte gewöhnliche Aufenthalt für mehrere Staaten, ist die Kammer zuständig, die für den Staat zuständig ist, in den die Abschiebungsandrohung zielt. Zielt die Abschiebungsandrohung in mehrere Staaten ist die Kammer für das Verfahren zuständig, die für den Staat mit der niedrigeren BAMF-Länderkennzahl zuständig ist. Gehen mehrere asylrechtliche Verfahren von Familienangehörigen (Ehegatten und Verwandte 1. und 2. Grades) ein, folgen die späteren Sachen dem ältesten noch anhängigen Verfahren, sofern die vom BAMF im Aktenzeichen des streitgegenständlichen Bescheides vergebene Länderkennzahl

denselben Staat betrifft. Gibt es einen solchen Bescheid (noch) nicht, bestimmt sich die Zuständigkeit nach dem ersten anhängigen Verfahren eines Familienangehörigen.

3. Für Amtshandlungen nach § 180 VwGO ist die 3. Kammer zuständig, soweit dort die Entscheidung dem Verwaltungsgericht zugewiesen ist. Für die übrigen Obliegenheiten nach Maßgabe dieser Vorschrift werden der dienstälteste Richter und vertretungsweise die übrigen Richter der 3. Kammer in der Reihenfolge des Dienstalters, beginnend mit dem Dienstältesten bestimmt. Ist hiernach kein Vertreter vorhanden, dann gilt die allgemeine Vertretungsregelung.

IV. **Vertretung**

1. Die Vorsitzenden werden bei Verhinderung der nach § 21 f Abs. 2 GVG zu deren Vertretung berufenen Mitglieder der Kammer vom Vorsitzenden der Vertretungskammer vertreten; bei dessen Verhinderung richtet sich die Vertretung nach den folgenden Bestimmungen über die Vertretung der Beisitzer.

2. Die Beisitzerinnen und Beisitzer vertreten sich zunächst kammerintern. Die weitergehende Vertretung erfolgt von der Kammer mit der nächst höheren Ordnungszahl. Die 9. Kammer wird durch die 1. Kammer vertreten.

Die Vertretung beginnt jeweils mit dem dienstjüngsten, bei gleichem Dienstalter mit dem lebensjüngsten Mitglied der Kammer; der Vorsitzende vertritt zuletzt. Bei kammerübergreifendem Einsatz eines Richters geht der Dienst in der Stammkammer dem

in der Vertretungskammer vor. Von der Vertretung ausgeschlossen ist ein Richter, wenn dies dazu führen würde, dass mehr als ein Richter auf Probe oder ein abgeordneter Richter an einer Entscheidung des Gerichts mitwirken. Richter, die mehreren Kammern angehören, nehmen an der Vertretung nur für ihre Stammkammer teil.

V.

Bereitschaftsdienst

An dienstfreien Werktagen (nicht jedoch am 24. und 31. Dezember) wird in der Zeit von 10.30 - 11.30 Uhr ein Bereitschaftsdienst eingerichtet. Seine Regelung ergibt sich aus der Bereitschaftsliste, die als Anlage I zum Geschäftsverteilungsplan genommen wird; an den dort bestimmten Tagen hat sich jeweils ein Mitglied der betreffenden Kammer in der angegebenen Zeit im Gerichtsgebäude bereitzuhalten. Welches Kammermitglied den Bereitschaftsdienst wahrzunehmen hat, richtet sich nach der Geschäftsverteilung der jeweiligen Kammer. Richterinnen/Richter, die mehreren Kammern zugewiesen sind, nehmen den Bereitschaftsdienst nur im Rahmen ihrer Stammkammer wahr. Bei Verhinderung aller richterlichen Mitglieder der Kammer, der im konkreten Fall der Eildienst obliegt, gelten die Regelungen der kammerübergreifenden Vertretung gemäß Ziffer IV.2.

VI.**Ehrenamtliche Richter**

Die Zuweisung der für das Verwaltungsgericht Cottbus gewählten ehrenamtlichen Richter an die einzelnen Kammern sowie zur Hilfsliste ergibt sich aus den als Anlage II beigefügten Listen.

Die ehrenamtlichen Richter werden zu den Sitzungen nach der Reihenfolge ihrer Aufzählung, beginnend mit Nummer 1, aus der Liste der jeweiligen Kammer herangezogen. Maßgeblich für die Reihenfolge der Ladungen ist der Eingang der richterlichen Terminbestimmung in der Geschäftsstelle. Die Heranziehung ist sofort in der Liste zu vermerken. Ist ein ehrenamtlicher Richter verhindert oder fällt eine Sitzung aus, zu der er bereits geladen war, wird er erst beim nächsten Durchgang durch die Liste wieder berücksichtigt. Ist bei Verhinderung eines ehrenamtlichen Richters der Hauptliste die Ladung des nunmehr heranzuziehenden Richters der Hauptliste nicht rechtzeitig (d.h. bis zum 3. Werktag vor der Sitzung) möglich, so wird ein Richter aus der für alle Kammern geltenden gemeinsamen Hilfsliste in der aus dieser Liste sich ergebenden Reihenfolge herangezogen, wobei ein Richter, dessen Zusage nicht sofort zu erreichen ist, übergangen wird. Die erfolglosen Heranziehungsversuche sind in der jeweiligen Liste kenntlich zu machen. Die Heranziehung nach der Hilfsliste hat auf die nach der Hauptliste keinen Einfluss. Der bestehende Heranziehungszyklus wird fortgesetzt.

VII.**Güterichter**

Die Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts Lewin wird zur Güterichterin bestellt.